

Ass. jur. Tim C. Werner

Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Erstmals seit 1990 ist bei einer Bundestagswahl wieder eine Repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden; bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die Repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Mit der Repräsentativen Wahlstatistik lässt sich das Wahlverhalten – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht analysieren.

Für eine Vorabauswertung war aus den Stichprobenwahlbezirken der Repräsentativen Wahlstatistik zunächst eine Unterstichprobe gezogen worden. Diese hatte mit 324 Wahlbezirken etwa 12% der gesamten Stichprobe und damit etwa 0,4% aller Wahlbezirke umfasst. Auf eine Einbeziehung von Briefwahlbezirken in die Unterstichprobe war wegen der geringen Anzahl von Stichprobenwahlbezirken verzichtet worden. Nachdem die Ergebnisse aus dieser Unterstichprobe bereits am 18. Oktober 2002 in einem Sonderheft¹⁾ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht wurden, sind die Ergebnisse aus der gesamten Stichprobe, das heißt aus allen ausgewählten Urnen- und Briefwahlbezirken, Gegenstand der folgenden Betrachtung.²⁾

1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus

der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023).

Die Neuregelung der Repräsentativen Wahlstatistik erfolgte, nachdem der Gesetzgeber die von 1953 bis 1990 regelmäßig durchgeführte Repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 kurzfristig ausgesetzt hatte. Die Begründung zum Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2734) verwies auf nicht näher erläuterte Bedenken, „mit einem nach Alter und Geschlecht gekennzeichneten Stimmzettel an der Wahl teilzunehmen“ (Bundestagsdrucksache 12/8152, S. 3). Der Bundesrat hatte diese Bedenken seinerzeit nicht geteilt. Nach seiner Auffassung ist die Repräsentative Wahlstatistik unverzichtbar, um Erkenntnisse über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie über die Gruppe der Nichtwähler zu gewinnen und den Wahlforschungsinstituten Grundlagen für Wahlforschung und Hochrechnungen zu liefern (Entschließung vom 23. September 1994, Bundesratsdrucksache 841/94 – Beschluss). In der oben erwähnten Entschließung hatte der Bundesrat nicht nur das erhebliche öffentliche Interesse an der Repräsentativen Wahlstatistik betont, sondern auch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich nach der Bundestagswahl 1994 Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der Repräsentativen Wahlstatistik vorzulegen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative war jedoch in der 13. Wahlperiode nicht erfolgt.

1) Siehe Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Sonderheft: „Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland“.

2) Sämtliche Endergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2002 sind in der Veröffentlichung Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 4: „Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter“, erschienen im Januar 2003, dargestellt.

Trotz breiter Kritik aus Wissenschaft und Forschung hatte der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1998 einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur erneuten Aussetzung der Repräsentativen Wahlstatistik beschlossen (Gesetz über die Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag vom 25. August 1998, BGBl. I S. 2430). Der Bundesrat hatte diesem Entwurf am 10. Juli 1998 zugestimmt. In der erläuternden Entschließung (Bundesratsdrucksache 661/98 – Beschluss) begründete der Bundesrat seine Zustimmung – wie schon bei der Bundestagswahl 1994 – damit, dass die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1998 zu weit fortgeschritten seien und den Wählern und Wahlbehörden wenige Wochen vor dem Wahltag keine Ungewissheit über die Modalitäten der Stimmabgabe mehr zugemutet werden könne. Zugleich bekräftigte der Bundesrat aber das erhebliche öffentliche Interesse an den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik und forderte den Bundestag

und die Bundesregierung auf, „unverzüglich eine inhaltliche Überarbeitung der bundesrechtlichen Vorschriften über die Repräsentative Wahlstatistik einzuleiten“.

Bereits kurz nach der Bundestagswahl am 28. September 1998 kam es zusätzlich zu einem Aufruf an den Deutschen Bundestag: Renommierete Wahl- und Meinungsforschungsinstitute, der Deutsche Städtetag sowie Universitäten und statistische Ämter betonten die Notwendigkeit der Repräsentativen Wahlstatistik und plädierten für eine gesetzliche Regelung. Dieser Aufruf mündete schließlich in die Verabschiedung des Wahlstatistikgesetzes. Dessen Regelungen schreiben die bisher bei der Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik für Bundestags- und Europawahlen geübte Praxis rechtsverbindlich fest und bilden eine präzise rechtliche Grundlage für wahlstatistische Erhebungen. Der Schutz des Wahlgeheimnisses genießt dabei höchste Priorität.

Tabelle 1: Stichprobenumfang der Repräsentativen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen

Land	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	2002
Stichprobenwahlbezirke												
Schleswig-Holstein	24	96	97	46	92	93	92	96	98	96	97	106
Mecklenburg-Vorpommern	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	89	94
Hamburg	16	16	55	59	53	64	62	59	59	15	15	24
Niedersachsen	67	246	245	187	207	202	188	194	202	205	208	245
Bremen	6	6	11	21	26	26	27	27	27	27	25	26
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	108	137
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	130	116
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	151	163
Nordrhein-Westfalen	136	115	121	125	138	141	142	576	578	571	563	622
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	218	196
Hessen	40	41	78	88	89	87	123	124	123	128	129	155
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	121	135
Rheinland-Pfalz	37	32	31	65	83 ¹⁾	84 ¹⁾	67 ¹⁾	68 ¹⁾	69 ¹⁾	72 ¹⁾	77 ¹⁾	221
Bayern	99	365	391	392	445	112	406	420	429	439	440	471
Baden-Württemberg	45	53	59	137	144	156	141	142	158	157	163	196
Saarland	X	37	38	43	45	44	58	57	57	57	59	64
Deutschland ...	470 ²⁾	1007	1126	1163	1322 ³⁾	1009 ³⁾	1306 ³⁾	1763 ³⁾	1800 ³⁾	1767 ³⁾	2593 ³⁾	2971
dar.: Briefwahlbezirke	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	372
Anteil der Wahlberechtigten und Wähler in der Stichprobe in %												
Schleswig-Holstein	1,6	4,4	4,4	2,1	3,9	4,0	4,1	4,3	4,3	4,0	3,9	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,9	4,9
Hamburg	1,4	1,3	4,0	4,1	4,1	4,2	4,0	3,9	3,9	1,0	1,0	1,4
Niedersachsen	1,4	4,1	4,1	3,1	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,0
Bremen	2,0	1,5	2,4	3,7	4,3	5,0	4,9	5,2	5,2	5,1	4,9	4,9
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,3	5,2
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	5,2
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6,8	5,4
Nordrhein-Westfalen	1,7	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	1,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5,1	5,0
Hessen	1,6	1,2	2,0	2,1	2,0	1,9	3,0	2,7	2,7	2,9	2,8	2,7
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	4,9
Rheinland-Pfalz	1,5	1,0	1,0	2,0	2,0 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,0 ⁴⁾	2,0
Bayern	1,3	4,1	4,1	3,9	4,1	1,0	4,0	4,0	4,0	3,9	3,8	3,5
Baden-Württemberg	1,4	1,0	1,0	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0
Saarland	X	4,3	4,1	3,9	4,3	4,2	5,5	5,6	5,6	5,5	5,6	5,7
Deutschland ...	1,5	2,2	2,4	2,4	2,5 ⁵⁾	1,9 ⁵⁾	2,6 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,3 ⁵⁾	3,7 ⁵⁾	3,6

1) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 166; 1972: 164; 1980: 168; 1983: 170; 1987: 181; 1990: 194 Wahlbezirke. – 2) Ohne das Saarland. – 3) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 1 405; 1972: 1 089; 1980: 1 863; 1983: 1 901; 1987: 1 876; 1990: 2 710 Wahlbezirke. – 4) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 5,0%; 1976 und 1987: je 5,1%;, 1980 und 1983: je 5,2%; 1990: 4,9% Wähler in der Stichprobe. – 5) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 2,7%; 1976: 2,8%; 1980 und 1983: je 3,6%; 1987: 3,5%; 1990: 3,8% Wähler in der Stichprobe.

Das Wahlstatistikgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die Repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtzahl der Wähler hat sich aber von 9,4% bei der Bundestagswahl 1990 über 13,4% bei der Bundestagswahl 1994 auf 16,0% bei der Bundestagswahl 1998 erhöht (bei der Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 hatten lediglich 4,9% der Wahlberechtigten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht). Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Januar 2002 – noch rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – das Erste Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes (BGBl. I S. 412) erlassen. Dieses Gesetz sieht nunmehr die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke in die Statistik vor. Diese Einbeziehung erfolgte, um die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen, nicht jedoch, um das Wahlverhalten der Briefwähler gesondert auszuwerten. Auf Grund der geringen Anzahl ausgewählter Briefwahlbezirke wurde vom Gesetzgeber auf eine Analyse des Wahlverhaltens der Briefwähler nach Altersgruppen und Geschlecht verzichtet.

2 Methodische Grundlagen

Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder. Nach § 3 des Wahlstatistikgesetzes (WStatG) dürfen nicht mehr als fünf vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke des Bundesgebietes und nicht mehr als zehn vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke eines Landes an der Repräsentativen Wahlstatistik teilnehmen. Die ausgewählten Wahlbezirke müssen darüber hinaus jeweils mindestens 400 Wahlberechtigte (bei der Urnenwahl; bei der Briefwahl: 400 Wähler) umfassen. Die Stimmzettel aus der Repräsentativen Wahlstatistik werden von den übrigen Wahlunterlagen, insbesondere den Wählerverzeichnissen, getrennt und von den Statistischen Landesämtern ausgewertet. Diese Regelungen tragen dem Gebot der Anonymität der Repräsentativen Wahlstatistik Rechnung und garantieren somit die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Aus den etwa 80 000 Wahlbezirken und etwa 10 000 Briefwahlbezirken wurden für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 für die Feststellung der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 2 599 Urnenwahlbezirke ausgewählt. Die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen wurde in 2 599 Urnenwahlbezirken und 372 Briefwahlbezirken (insgesamt also 2 971 Wahlbezirken) statistisch erfasst. Dieser Stichprobenumfang gewährleistet, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind.

Die Zahlenbasis der Repräsentativen Wahlstatistik ist damit weit breiter als bei entsprechenden Untersuchungen der Sozialforschungsinstitute, die sich in der Regel nur auf wenige tausend Personen stützen.

Die Repräsentative Wahlstatistik ermöglicht von ihrer Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven. Sie liefert aber der Wahlforschung die wesentlichen Basisinformationen sowie Ansatzpunkte für weitere Forschungen; sie stellt den objektiven Bezugsrahmen zur Einordnung der Forschungsergebnisse bereit.

Bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag wurde die *Wahlbeteiligung* – wie seit der Bundestagswahl 1972 (mit Ausnahme von 1994 und 1998 wegen der vorübergehenden Aussetzung der Repräsentativen Wahlstatistik) – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach zehn Altersgruppen ermittelt. Die *Stimmabgabe* wurde – wie ebenfalls seit 1972 – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach fünf Altersgruppen ermittelt.

Tabelle 2: Altersgruppen der Repräsentativen Bundestagswahlstatistik

Bundestagswahlen		
1953 bis 1961	1965 und 1969	ab 1972
Alter von ... bis ... Jahren		
Wahlbeteiligung		
21 – 24	21 – 24	18 – 20
25 – 29	25 – 29	21 – 24
30 – 39	30 – 34	25 – 29
40 – 49	35 – 39	30 – 34
50 – 59	40 – 44	35 – 39
60 – 69	45 – 49	40 – 44
70 und mehr	50 – 59	45 – 49
	60 – 69	50 – 59
	70 und mehr	60 – 69
		70 und mehr
Stimmabgabe		
21 – 29	21 – 29	18 – 24
30 – 59	30 – 44	25 – 34
60 und mehr	45 – 59	35 – 44
	60 und mehr	45 – 59
		60 und mehr

Die Gruppierung der Wählerinnen und Wähler stellt sicher, dass Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen sind und das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Die Wahlberechtigten wurden im Wahllokal bzw. mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen über die Teilnahme an der Repräsentativen Wahlstatistik informiert. Den Wählerinnen und Wählern in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken wurde zur Durchführung der Statistik ein Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck (männlich/weiblich/Altersgruppe) ausgehändigt.

Beim Vergleich der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen ist zu beachten, dass die Feststellungen über die Wahlbeteiligung auf der Annahme beruhen, dass sämtliche Wahlscheininhaber von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht haben (die Erfahrung zeigt, dass regelmäßig weit über 90% der Wahlscheinwähler Briefwähler sind). Die Wahlbeteiligung wird deshalb in den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik mit 79,6% etwas zu hoch ausgewiesen (Totalergebnis: 79,1%).

Tabelle 3: Totalergebnisse der Bundestagswahl 2002 im Vergleich mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik

Land	T = Total- ergebnis, S = Stich- probe	Wähler auf 1 000 Wahlbe- rechtigte ¹⁾	Von 1 000 gültigen Zweitstimmen entfielen auf								
			SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige	darunter	
										REP	Schill
Schleswig-Holstein	T	807	429	360	-	94	80	13	24	1	15
	S	813	428	360	-	94	80	13	25	1	16
Mecklenburg-Vorpommern	T	706	417	303	-	35	54	163	28	3	16
	S	709	417	303	-	35	54	163	28	3	17
Hamburg	T	796	420	281	-	162	68	21	48	1	42
	S	803	421	281	-	162	68	21	46	1	40
Niedersachsen	T	810	478	345	-	73	71	10	22	3	9
	S	814	478	345	-	73	71	10	22	3	9
Bremen	T	788	486	246	-	150	67	22	29	2	17
	S	800	486	246	-	150	67	22	29	2	17
Brandenburg	T	737	464	223	-	45	58	172	38	-	17
	S	740	464	223	-	45	58	172	38	-	18
Sachsen-Anhalt	T	688	432	290	-	34	76	144	24	-	-
	S	691	432	290	-	34	76	144	24	-	-
Berlin	T	776	366	259	-	146	66	114	49	7	18
	S	783	366	258	-	146	66	114	50	7	19
Nordrhein-Westfalen	T	803	430	351	-	89	93	12	25	4	7
	S	809	430	351	-	89	93	12	25	4	7
Sachsen	T	737	333	336	-	46	73	162	51	10	12
	S	741	333	336	-	46	73	162	51	11	12
Hessen	T	801	397	371	-	107	82	13	29	8	7
	S	807	397	371	-	107	82	13	28	7	6
Thüringen	T	748	399	294	-	43	59	170	36	8	13
	S	751	399	294	-	43	59	169	37	8	13
Rheinland-Pfalz	T	800	382	402	-	79	93	10	33	10	6
	S	806	382	402	-	79	93	10	33	10	5
Bayern	T	815	261	-	586	76	45	7	24	7	2
	S	821	261	-	586	76	45	7	25	7	2
Baden-Württemberg	T	811	335	428	-	114	78	9	36	11	5
	S	817	335	428	-	114	78	9	36	11	5
Saarland	T	800	460	350	-	76	64	14	37	4	9
	S	805	459	349	-	75	64	14	39	5	10
Deutschland ...	T	791	385	295	90	86	74	40	30	6	8
	S	796	385	295	90	86	74	40	31	6	8

1) Bei Stimmabgabe: Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

3 Ergebnisse zur Anzahl der Wahlberechtigten (mit und ohne Wahlschein)

3.1 1 Million mehr Wahlberechtigte als 1990

Wie Tabelle 4 zeigt, ist die Zahl der Wahlberechtigten von 1990 bis 2002 um rund 1 Million Menschen auf 61,4 Mill. angewachsen. Dieser Zuwachs war allein auf das frühere Bundesgebiet beschränkt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war im genannten Zeitraum sogar ein leichter Rückgang um 83 100 Wahlberechtigte zu verzeichnen.

Die demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung lässt sich an der Veränderung der Zahlenstärke der einzelnen Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik

sehr deutlich ablesen. Die Altersgruppen bis 35 Jahre sind zahlenmäßig zum Teil deutlich geschrumpft, der Rückgang war bei der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen am stärksten: Bestand diese Gruppe 1990 noch aus 6,4 Mill. Personen, so waren es 2002 nur noch 3,8 Mill., ein Rückgang um 39,9%. Die Altersgruppen darüber (Ausnahme: die 50- bis 59-Jährigen) sind zahlenmäßig deutlich stärker geworden. Den größten Zuwachs konnte die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen verbuchen: Im Vergleich zu 1990 ist sie um knapp 2 Mill. Menschen auf jetzt rund 10 Mill. angewachsen, ein Zuwachs um 23,1%.

3.2 Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein in den neuen Ländern und Berlin-Ost niedriger

Der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein – zu weit über 90% ist diese Gruppe identisch mit den Briefwählern –

Tabelle 4: Wahlberechtigte bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte		Veränderung 2002 gegenüber 1990	
	Bundestagswahl			
	2002	1990 ¹⁾	1 000	%
Insgesamt				
unter 21	2 326,0	2 718,5	- 392,5	- 14,4
21 - 25	3 329,7	4 770,0	- 1 440,3	- 30,2
25 - 30	3 842,5	6 396,8	- 2 554,3	- 39,9
30 - 35	5 145,3	5 695,5	- 550,2	- 9,7
35 - 40	6 467,4	5 073,3	+ 1 394,1	+ 27,5
40 - 45	6 185,1	4 545,8	+ 1 639,3	+ 36,1
45 - 50	5 406,8	4 775,7	+ 631,1	+ 13,2
50 - 60	9 042,5	10 239,0	- 1 196,5	- 11,7
60 - 70	9 944,1	8 077,3	+ 1 866,8	+ 23,1
70 und mehr	9 743,4	8 142,4	+ 1 601,0	+ 19,7
Deutschland ...	61 432,9 ²⁾	60 434,3 ³⁾	+ 998,6	+ 1,7
Früheres Bundes- gebiet	49 278,5	48 196,9	+ 1 081,6	+ 2,2
Neue Länder und Berlin-Ost	12 154,3	12 237,4	- 83,1	- 0,7
Männer				
unter 21	1 188,4	1 373,1	- 184,7	- 13,5
21 - 25	1 688,9	2 417,5	- 728,6	- 30,1
25 - 30	1 943,6	3 263,6	- 1 320,0	- 40,4
30 - 35	2 614,8	2 920,6	- 305,8	- 10,5
35 - 40	3 291,8	2 579,1	+ 712,7	+ 27,6
40 - 45	3 138,4	2 296,1	+ 842,3	+ 36,7
45 - 50	2 704,6	2 398,2	+ 306,4	+ 12,8
50 - 60	4 490,6	5 062,0	- 571,4	- 11,3
60 - 70	4 760,4	3 406,3	+ 1 354,1	+ 39,8
70 und mehr	3 471,1	2 553,2	+ 917,9	+ 36,0
Deutschland ...	29 292,7	28 269,8	+ 1 022,9	+ 3,6
Früheres Bundes- gebiet	23 457,9	22 596,8	+ 861,1	+ 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost	5 834,8	5 673,0	+ 161,8	+ 2,9
Frauen				
unter 21	1 137,5	1 345,4	- 207,9	- 15,5
21 - 25	1 640,8	2 352,5	- 711,7	- 30,3
25 - 30	1 899,0	3 133,1	- 1 234,1	- 39,4
30 - 35	2 530,5	2 774,9	- 244,4	- 8,8
35 - 40	3 175,6	2 494,2	+ 681,4	+ 27,3
40 - 45	3 046,7	2 249,7	+ 797,0	+ 35,4
45 - 50	2 702,2	2 377,5	+ 324,7	+ 13,7
50 - 60	4 551,9	5 177,0	- 625,1	- 12,1
60 - 70	5 183,6	4 670,9	+ 512,7	+ 11,0
70 und mehr	6 272,3	5 589,2	+ 683,1	+ 12,2
Deutschland ...	32 140,1	32 164,5	- 24,4	- 0,1
Früheres Bundes- gebiet	25 820,6	25 600,1	+ 220,5	+ 0,9
Neue Länder und Berlin-Ost	6 319,6	6 564,4	- 244,8	- 3,7

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten. - 2) Total 61 432 868 Wahlberechtigte. - 3) Total 60 436 560 Wahlberechtigte.

an allen Wahlberechtigten lag mit 14,9% (Männer: 14,0%; Frauen: 15,7%) deutlich über dem Wert vom 1990. Damals betrug der entsprechende Anteil 7,9% (Männer: 7,2%; Frauen: 8,4%). Während 1990 der Anteil der Wahrscheinhaber im früheren Bundesgebiet 9,4% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2,5% betrug, haben sich die Quoten bei der Bundestagswahl 2002 angenähert. Die bereits 1990 festgestellten Unterschiede sind jedoch - wenn auch in abgeschwächter Form - noch zu beobachten. So betrug der Anteil der Wahrscheinhaber an den Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2002 im Westen Deutschlands 16,2%, im Osten 9,6%.

Tabelle 5: Wahlberechtigte ohne und mit Wahrschein bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte					
	ins- gesamt	ohne	mit			
			Wahrschein			
	2002		1990 ¹⁾	1987 ¹⁾²⁾		
1 000		%				
Insgesamt						
unter 21	2 326,0	2 124,7	201,3	8,7	4,8	5,6
21 - 25	3 329,7	2 912,6	417,1	12,5	7,3	9,0
25 - 30	3 842,5	3 301,9	540,6	14,1	7,3	9,6
30 - 35	5 145,3	4 471,1	674,2	13,1	6,3	8,5
35 - 40	6 467,4	5 731,7	735,7	11,4	5,8	7,3
40 - 45	6 185,1	5 523,8	661,3	10,7	6,2	7,5
45 - 50	5 406,8	4 756,0	650,9	12,0	6,6	7,4
50 - 60	9 042,5	7 594,9	1 447,0	16,0	6,7	7,8
60 - 70	9 944,1	8 113,8	1 830,3	18,4	8,6	10,6
70 und mehr ..	9 743,4	7 744,7	1 998,7	20,5	14,4	18,7
Insgesamt ...	61 432,9	52 275,1	9 157,8	14,9	7,9	9,9
Männer						
unter 21	1 188,4	1 099,1	89,4	7,5	4,2	5,2
21 - 25	1 688,9	1 509,1	179,8	10,6	6,9	8,6
25 - 30	1 943,6	1 690,2	253,4	13,0	7,3	9,5
30 - 35	2 614,8	2 279,1	335,7	12,8	6,3	8,7
35 - 40	3 291,8	2 918,0	373,8	11,4	5,8	7,7
40 - 45	3 138,4	2 809,4	329,0	10,5	6,3	7,7
45 - 50	2 704,6	2 398,4	306,2	11,3	6,5	7,4
50 - 60	4 490,6	3 814,2	676,4	15,1	6,5	7,6
60 - 70	4 760,4	3 893,1	867,4	18,2	8,2	10,0
70 und mehr	3 471,1	2 767,1	704,0	20,3	13,1	16,7
Zusammen ...	29 292,7	25 177,7	4 115,0	14,0	7,2	9,1
Frauen						
unter 21	1 137,5	1 025,6	112,0	9,8	5,3	6,0
21 - 25	1 640,8	1 403,4	237,3	14,5	7,8	9,4
25 - 30	1 899,0	1 611,7	287,2	15,1	7,4	9,7
30 - 35	2 530,5	2 192,0	338,5	13,4	6,3	8,3
35 - 40	3 175,6	2 813,8	361,9	11,4	5,7	6,9
40 - 45	3 046,7	2 714,4	332,3	10,9	6,1	7,2
45 - 50	2 702,2	2 357,6	344,6	12,8	6,7	7,4
50 - 60	4 551,9	3 780,6	771,3	16,9	7,0	8,0
60 - 70	5 183,6	4 220,7	963,0	18,6	8,9	11,1
70 und mehr	6 272,3	4 977,6	1 294,7	20,6	15,0	19,8
Zusammen ...	32 140,1	27 097,4	5 042,7	15,7	8,4	10,7

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten. - 2) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

Wie bei früheren Bundestagswahlen, so hatten auch 2002 die über 70-Jährigen mit 20,5% (1990: 14,4%) den höchsten, die unter 21-Jährigen mit 8,7% (1990: 4,8%) den niedrigsten Wahrscheinanteil. Auffallend ist, dass die Frauen in allen Altersgruppen einen höheren Anteil an Wahrscheinhabern zu verzeichnen hatten, am deutlichsten war der Unterschied in der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen (Frauen: 14,5%; Männer: 10,6%).

4 Ergebnisse zur Wahlbeteiligung in Ost und West nach Geschlecht und Alter

4.1 Deutlich niedrigere Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Für die Bundestagswahl 2002 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,4 Mill. Personen wahl-

berechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,6 Mill. Daraus ergab sich nach dem amtlichen Endergebnis³⁾ eine Wahlbeteiligung von 79,1%. Damit lag die Wahlbeteiligung um 3,1 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2%) und 0,1 Prozentpunkte über der von 1994 (79,0%). Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung zeichnete sich bereits während der Wahlzeit ab: Während 1998 um 14.00 Uhr bereits 47% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten, waren es 2002 zu diesem Zeitpunkt lediglich 43%⁴⁾.

Die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei 72,8% (1998: 79,9%) im Vergleich zu 80,6% (1998: 82,8%) im früheren Bundesgebiet. Der Abstand zwischen den Wahlbeteiligungen in Ost- und Westdeutschland ist größer geworden: Betrug dieser Abstand 1998 noch 2,9 Prozentpunkte, so ist er 2002 auf 7,8 Prozentpunkte angewachsen.

4.2 Gut 70% der unter 30-Jährigen gaben ihre Stimme ab

Der seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Trend zur Wahlenthaltung bei den Wählern unter 30 Jahren hat sich

nicht fortgesetzt. Bei der Bundestagswahl 1980 (früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West) hatte die Wahlbeteiligung der 18- bis 29-Jährigen noch knapp über 80% gelegen. Bei der Bundestagswahl 1990 beteiligten sich nur noch rund zwei Drittel (67,7%) der Wahlberechtigten dieser Altersgruppe. Dieser Abwärtstrend hat sich bei der Bundestagswahl 2002 nicht fortgesetzt. Die Wahlbeteiligung der Wählerinnen und Wähler unter 30 Jahren hat im Vergleich zu 1990 um 2,6 Prozentpunkte zugenommen und lag 2002 bei 70,3%. Die zuvor dargestellten Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West treffen dabei auch für die Altersgruppe der unter 30-Jährigen zu: Aus dieser Altersgruppe beteiligten sich im Westen 72,3% der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 2002, im Osten nur 62,8%.

4.3 Niedrigste Wahlbeteiligung in der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigte die Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen. Mit 68,1% lag die Wahlbeteiligung um

Tabelle 6: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

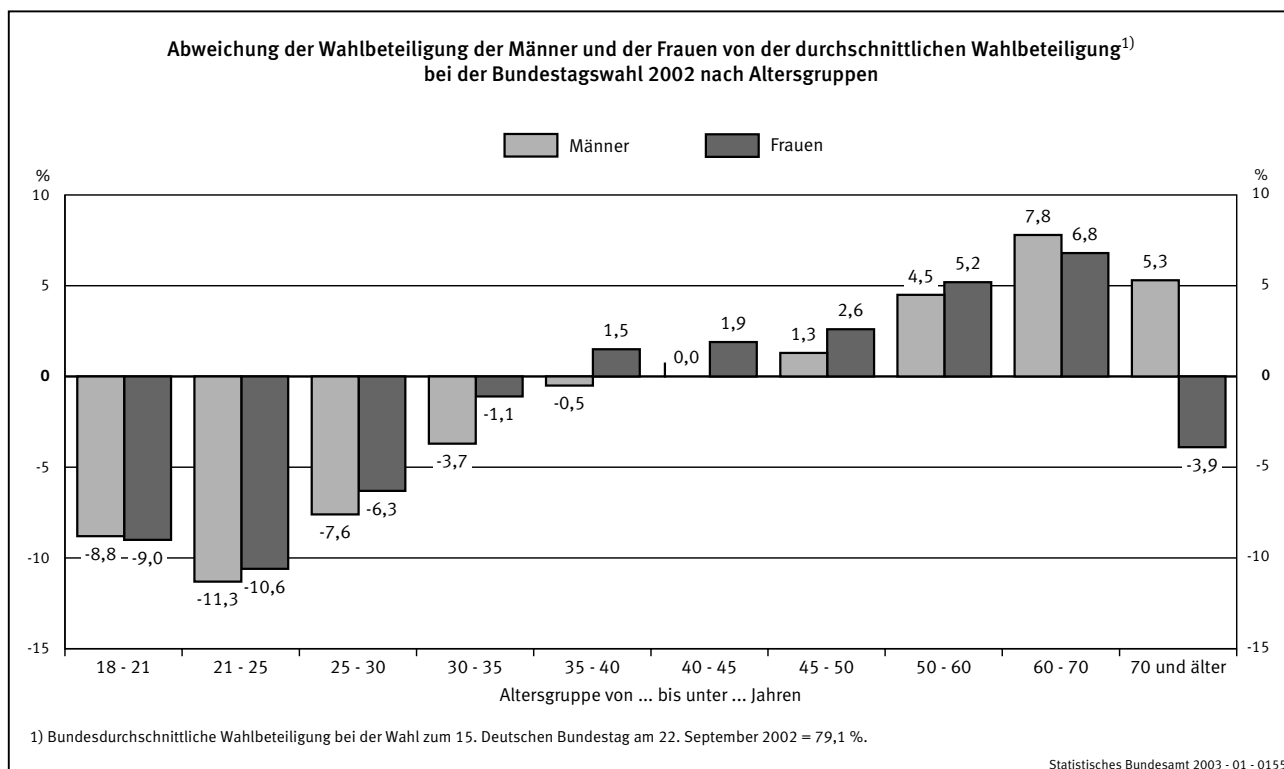
Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte	Wähler					
	2002 ¹⁾		1990 ²⁾	1987 ²⁾³⁾	1983 ²⁾³⁾	1980 ²⁾³⁾	
	1 000	%					
Insgesamt							
unter 21	2 326,0	1 633,1	70,2	64,7	76,8	84,3	80,4
21 – 25	3 329,7	2 268,9	68,1	61,8	73,1	81,5	78,9
25 – 30	3 842,5	2 771,3	72,1	66,3	75,9	83,8	82,2
30 – 35	5 145,3	3 945,7	76,7	71,3	80,3	87,0	86,2
35 – 40	6 467,4	5 146,7	79,6	75,7	83,8	89,3	88,6
40 – 45	6 185,1	4 950,0	80,0	79,5	86,0	91,1	90,3
45 – 50	5 406,8	4 382,7	81,1	82,1	87,9	92,2	91,2
50 – 60	9 042,5	7 593,5	84,0	84,6	89,4	92,7	92,3
60 – 70	9 944,1	8 587,4	86,4	86,5	89,7	92,3	92,2
70 und mehr	9 743,4	7 642,3	78,4	74,5	79,4	84,9	85,7
Insgesamt ...	61 432,9	48 921,6	79,6	76,3	83,1	88,4	87,6
Männer							
unter 21	1 188,4	835,6	70,3	66,3	78,9	85,4	81,6
21 – 25	1 688,9	1 145,2	67,8	63,2	74,4	82,2	79,8
25 – 30	1 943,6	1 388,9	71,5	66,3	76,6	83,9	81,9
30 – 35	2 614,8	1 972,2	75,4	70,6	80,2	86,6	85,8
35 – 40	3 291,8	2 586,2	78,6	75,2	83,7	89,0	88,1
40 – 45	3 138,4	2 483,7	79,1	79,3	85,8	90,8	90,3
45 – 50	2 704,6	2 175,1	80,4	82,2	88,0	92,3	91,6
50 – 60	4 490,6	3 755,2	83,6	85,0	90,0	93,2	93,1
60 – 70	4 760,4	4 134,9	86,9	88,2	91,5	93,6	93,5
70 und mehr	3 471,1	2 928,7	84,4	81,3	85,1	88,5	89,6
Zusammen ...	29 292,7	23 405,7	79,9	77,0	84,2	89,1	88,2
Frauen							
unter 21	1 137,5	797,5	70,1	63,1	74,6	83,2	79,2
21 – 25	1 640,8	1 123,7	68,5	60,4	71,7	80,6	78,0
25 – 30	1 899,0	1 382,4	72,8	66,4	75,2	83,7	82,6
30 – 35	2 530,5	1 973,5	78,0	72,1	80,3	87,4	86,6
35 – 40	3 175,6	2 560,4	80,6	76,3	83,9	89,7	89,2
40 – 45	3 046,7	2 466,3	81,0	79,8	86,3	91,3	90,4
45 – 50	2 702,2	2 207,6	81,7	82,0	87,9	92,0	90,8
50 – 60	4 551,9	3 838,2	84,3	84,2	88,8	92,2	91,6
60 – 70	5 183,6	4 452,5	85,9	85,3	88,4	91,5	91,3
70 und mehr	6 272,3	4 713,7	75,2	71,3	76,5	82,9	83,6
Zusammen ...	32 140,1	25 515,9	79,4	75,7	82,1	87,8	87,1

1) Anteil der Wähler mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten. – 2) Ohne Personen mit Wahlschein. – 3) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

3) Siehe von Schwarzenberg, M.: „Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002“ in WiSta 10/2002, S. 823 ff.

4) Siehe Pressemitteilung des Bundeswahlleiters „Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 um 14.00 Uhr“ vom 22. September 2002.

Schaubild 1



11,0 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Die 21- bis 24-jährigen Männer beteiligten sich sogar nur zu 67,8% an der Bundestagswahl. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem Bundesland die niedrigste Wahlbeteiligung erzielt hat.

Die niedrigste Wahlbeteiligung hatten mit 60,0% Männer der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen in den neuen Ländern und Berlin-Ost aufzuweisen. Dieses schlechte Ergebnis beruht im Wesentlichen auf der niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Männer in den Bundesländern Brandenburg (59,2%), Mecklenburg-Vorpommern (57,0%) und Sachsen-Anhalt (53,7%).

4.4 Höchste Wahlbeteiligung wieder bei den Wählern zwischen 60 und 69 Jahren

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit 86,4% (und damit 7,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt) die höchste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte. Da diese Altersgruppe zudem unter allen zehn Altersgruppen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit etwa 9,9 Mill. Menschen die zahlenmäßig größte war, kam der hohen Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe ab 60 Jahren besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem Bundesland die höchste Wahlbeteiligung aufweist.

Den Spitzenwert bei der Wahlbeteiligung wiesen in dieser Altersgruppe mit 88,3% die Männer aus dem früheren Bundesgebiet auf. Dieses überdurchschnittliche Ergebnis beruht in erster Linie auf der hohen Wahlbeteiligung der zwischen 60 und 69 Jahre alten Männer der Bundesländer Rheinland-Pfalz (88,6%), Niedersachsen (88,9%), Baden-Württemberg (88,9%), Schleswig-Holstein (89,5%) und Bayern (89,8%).

5 Ergebnisse zu Art und Zahl der ungültigen Stimmen

5.1 Über 900 000 Wähler stimmten mit Erst- und/oder Zweitstimme ungültig

Die Untersuchung der ungültigen Stimmen kann in diesem Beitrag nur in verkürzter Form vorgenommen werden. Dargestellt wird in Tabelle 7 lediglich die Zahl der Wähler nach Art der ungültigen Stimmen (drei Kombinationsgruppen) und Geschlecht.

Danach stimmten bei der Bundestagswahl 2002 rund 924 000 Wähler mit Erst- und Zweitstimme (350 000), nur mit der Erststimme (358 000) bzw. nur mit der Zweitstimme (216 000) ungültig. In allen drei Fällen waren – wie 1990 – die Frauen überdurchschnittlich vertreten.

Der Vergleich mit der Bundestagswahl 1990 zeigt nur marginale Differenzen: Damals stimmten rund 818 000 Wähler mit Erst- und Zweitstimme (357 000), nur mit der Erst-

Tabelle 7: Art der ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wähler nach Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr ¹⁾	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme							
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2002	161	17,4	77	19,4	84	16,0
	1990	176	21,5	78	23,3	98	20,2
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2002	50	5,4	18	4,5	32	6,1
	1990	75	9,2	23	6,9	52	10,7
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2002	40	4,3	14	3,5	26	5,0
	1990	50	6,1	18	5,3	32	6,6
Beide Seiten mehrere Kreuze	2002	71	7,7	34	8,6	37	7,0
	1990	40	4,9	17	5,1	23	4,7
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	2002	4	0,5	2	0,5	2	0,4
	1990	3	0,4	1	0,4	2	0,4
Beide Seiten sonstige Ursachen	2002	23	2,5	13	3,1	11	2,1
	1990	14	1,7	7	2,0	7	1,5
Zusammen ...	2002	350	37,9	158	39,7	192	36,6
	1990	357	43,7	143	43,0	214	44,1
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme							
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	2002	329	35,6	149	37,4	180	34,2
	1990	280	34,2	121	36,3	159	32,8
Erststimmenseite mehrere Kreuze	2002	22	2,4	10	2,4	13	2,4
	1990	22	2,6	9	2,6	13	2,6
Sonstige Ursachen	2002	7	0,7	4	0,9	3	0,6
	1990	7	0,8	3	1,0	4	0,8
Zusammen ...	2002	358	38,7	163	40,7	195	37,2
	1990	308	37,7	133	39,8	175	36,2
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme							
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2002	183	19,8	65	16,2	119	22,6
	1990	131	16,0	49	14,7	82	16,9
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2002	30	3,3	12	3,1	18	3,4
	1990	19	2,3	7	2,1	12	2,5
Sonstige Ursachen	2002	3	0,3	1	0,3	2	0,3
	1990	3	0,3	1	0,3	1	0,3
Zusammen ...	2002	216	23,4	78	19,6	138	26,3
	1990	152	18,6	57	17,2	95	19,7

1) 1990: ohne Stimmen der Briefwähler.

stimme (308 000) bzw. nur mit der Zweitstimme (152 000) ungültig.

Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der vorgenannten Ergebnisse kaum möglich. Hinweise können leicht spekulativen Charakter haben. So könnte es sich zum Beispiel bei den Wählern mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab. Weiter ist denkbar, dass es sich um Personen gehandelt haben könnte, die dem Wahlkreis kandidaten ihrer Partei keine Erfolgchancen eingeräumt haben.

6 Ergebnisse zur Stimmabgabe

6.1 Frauen wählten eher SPD, Männer eher die Unionsparteien

Männer bevorzugten bei der Bundestagswahl 2002 CDU und CSU, Frauen wählten eher SPD: Während bundesweit SPD und CDU/CSU mit jeweils 38,5% der Zweitstimmen

(Erststimmen SPD: 42,0%; Unionsparteien: 41,0%) gleich abgeschnitten haben, lagen die Unionsparteien bei den Männern mit 39,2% (Erststimmen: 42,1%) um 2,5 Prozentpunkte (Erststimmen: + 1,2 Prozentpunkte) vor der SPD. Bei den Frauen lag die SPD mit 40,2% (Erststimmen: 43,0%) um 2,4 Prozentpunkte vor den Unionsparteien (Erststimmen: + 3,1 Prozentpunkte).

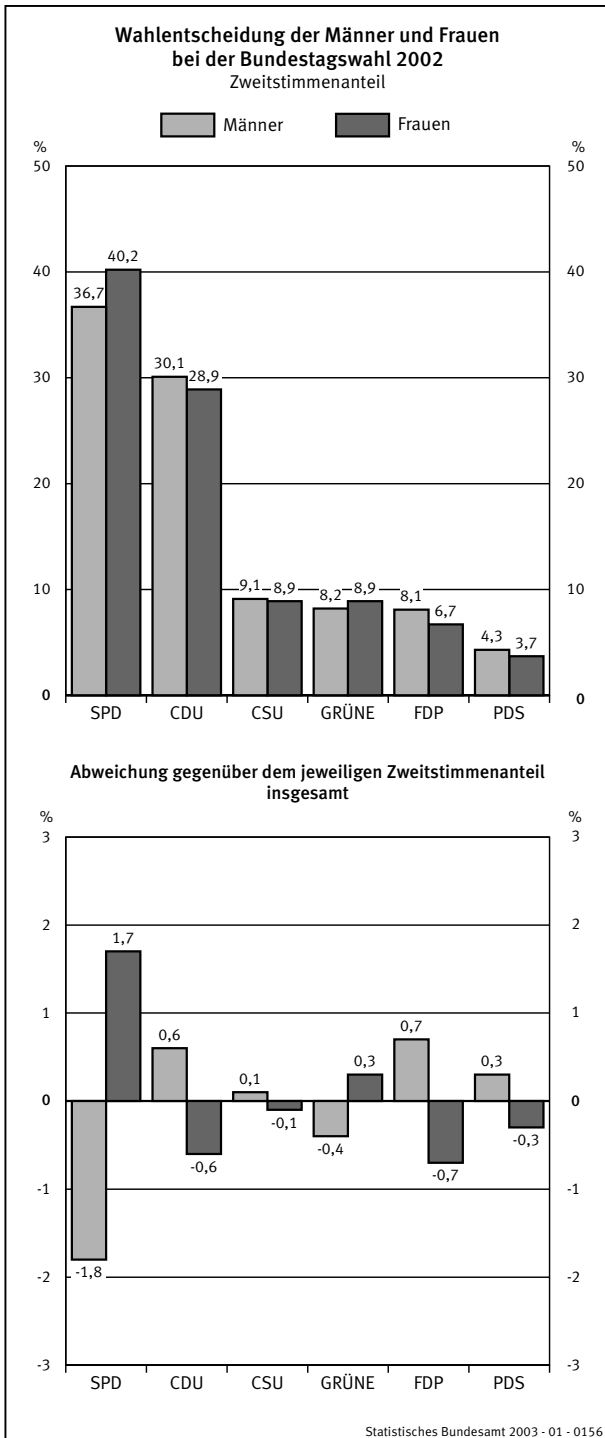
Die SPD erreichte ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 41,3% bei den weiblichen Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren (34,4%). Das beste Erststimmenergebnis erreichte die SPD mit 44,5% bei den Wählerinnen zwischen 35 und 44 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren sowie bei den ab 60-jährigen Männern (jeweils 39,3%).

Das beste Zweitstimmenergebnis hatten die Unionsparteien mit 46,4% bei den über 60-jährigen Männern, das schlechteste bei den Frauen der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren (30,7%). Das beste Erststimmenergebnis wurde mit 48,9% ebenfalls bei den über 60-jährigen Männern erreicht, das schlechteste bei den Frauen zwischen 35 und 44 Jahren (33,5%).

Tabelle 8: Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002 in den Ländern nach Parteien und Geschlecht
Prozent

Land	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf								
	SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige	darunter	
								REP	Schill
	Insgesamt								
Schleswig-Holstein	42,8	36,0	–	9,4	8,0	1,3	2,5	0,1	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	41,7	30,3	–	3,5	5,4	16,3	2,8	0,3	1,7
Hamburg	42,1	28,1	–	16,2	6,8	2,1	4,6	0,1	4,0
Niedersachsen	47,8	34,5	–	7,3	7,1	1,0	2,2	0,3	0,9
Bremen	48,6	24,6	–	15,0	6,7	2,2	2,9	0,2	1,7
Brandenburg	46,4	22,3	–	4,5	5,8	17,2	3,8	–	1,8
Sachsen-Anhalt	43,2	29,0	–	3,4	7,6	14,4	2,4	–	–
Berlin	36,6	25,8	–	14,6	6,6	11,4	5,0	0,7	1,9
Nordrhein-Westfalen	43,0	35,1	–	8,9	9,3	1,2	2,5	0,4	0,7
Sachsen	33,3	33,6	–	4,6	7,3	16,2	5,1	1,1	1,2
Hessen	39,7	37,1	–	10,7	8,2	1,3	2,8	0,7	0,6
Thüringen	39,9	29,4	–	4,3	5,9	16,9	3,7	0,8	1,3
Rheinland-Pfalz	39,2	40,2	–	7,9	9,3	1,0	3,3	1,0	0,5
Bayern	26,1	–	58,6	7,6	4,5	0,7	2,5	0,7	0,2
Baden-Württemberg	33,5	42,8	–	11,4	7,8	0,9	3,6	1,1	0,5
Saarland	45,9	34,9	–	7,3	6,4	1,4	3,9	0,5	1,0
Deutschland ...	38,5	29,5	9,0	8,6	7,4	4,0	3,1	0,6	0,8
Früheres Bundesgebiet	38,3	29,8	11,0	9,4	7,6	1,1	2,8	0,6	0,7
Neue Länder und Berlin-Ost	39,7	28,3	–	4,7	6,4	16,9	4,0	0,5	1,2
	Männer								
Schleswig-Holstein	41,2	37,2	–	8,6	8,5	1,6	3,0	0,2	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	38,9	31,5	–	3,3	5,9	16,5	3,9	0,4	2,2
Hamburg	40,2	27,9	–	16,6	7,6	2,6	5,1	0,1	4,5
Niedersachsen	45,8	35,4	–	7,0	7,9	1,3	2,6	0,4	1,3
Bremen	47,1	24,6	–	14,3	7,4	2,7	4,0	0,3	2,3
Brandenburg	43,1	23,8	–	4,2	6,2	17,7	5,1	–	2,4
Sachsen-Anhalt	40,5	30,5	–	3,4	7,9	15,1	2,6	–	–
Berlin	34,6	26,4	–	14,3	7,3	12,0	5,4	0,9	2,4
Nordrhein-Westfalen	41,4	35,6	–	8,5	10,3	1,5	2,7	0,5	0,9
Sachsen	30,9	34,2	–	4,5	7,6	16,4	6,4	1,6	1,6
Hessen	37,9	37,8	–	10,2	9,1	1,7	3,3	1,0	0,9
Thüringen	36,9	30,6	–	4,2	6,3	17,3	4,7	1,1	1,8
Rheinland-Pfalz	36,8	40,8	–	7,3	10,1	1,3	3,7	1,3	0,8
Bayern	24,9	–	59,0	7,4	5,1	0,9	2,6	0,9	0,3
Baden-Württemberg	31,8	43,5	–	10,9	8,8	1,2	3,9	1,5	0,7
Saarland	44,5	35,2	–	7,1	7,0	1,8	4,4	0,7	1,5
Deutschland ...	36,7	30,1	9,1	8,2	8,1	4,3	3,5	0,8	1,1
Früheres Bundesgebiet	36,6	30,3	11,1	9,0	8,4	1,4	3,1	0,8	1,0
Neue Länder und Berlin-Ost	37,0	29,4	–	4,6	6,8	17,3	5,0	0,8	1,7
	Frauen								
Schleswig-Holstein	44,4	34,9	–	10,1	7,5	1,1	2,1	0,1	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	44,2	29,2	–	3,7	5,0	16,2	1,7	0,1	1,2
Hamburg	43,8	28,3	–	15,9	6,1	1,7	4,2	0,0	3,5
Niedersachsen	49,7	33,7	–	7,6	6,4	0,8	1,8	0,2	0,6
Bremen	49,8	24,6	–	15,6	6,1	1,8	2,0	0,1	1,2
Brandenburg	49,5	20,8	–	4,8	5,5	16,8	2,7	–	1,2
Sachsen-Anhalt	45,6	27,7	–	3,4	7,3	13,8	2,2	–	–
Berlin	38,3	25,4	–	14,9	6,0	10,8	4,6	0,5	1,4
Nordrhein-Westfalen	44,4	34,6	–	9,2	8,5	0,9	2,4	0,2	0,4
Sachsen	35,5	32,9	–	4,7	6,9	16,0	3,9	0,6	0,8
Hessen	41,5	36,4	–	11,2	7,4	1,0	2,4	0,5	0,4
Thüringen	42,7	28,2	–	4,3	5,4	16,6	2,7	0,5	0,9
Rheinland-Pfalz	39,6	39,7	–	8,5	8,6	0,7	2,9	0,7	0,3
Bayern	27,2	–	58,2	7,8	3,9	0,5	2,3	0,4	0,1
Baden-Württemberg	35,1	42,2	–	11,8	6,8	0,7	3,3	0,7	0,3
Saarland	47,2	34,7	–	8,0	5,8	1,0	3,3	0,2	0,7
Deutschland ...	40,2	28,9	8,9	8,9	6,7	3,7	2,7	0,4	0,6
Früheres Bundesgebiet	39,7	29,3	10,9	9,8	6,8	0,9	2,6	0,4	0,5
Neue Länder und Berlin-Ost	42,3	27,2	–	4,9	6,0	16,6	3,1	0,3	0,9

Schaubild 2



In allen Bundesländern lag der Zweitstimmenanteil der SPD bei den Frauen höher als bei den Männern, am deutlichsten in Mecklenburg-Vorpommern (+5,3 Prozentpunkte; Erststimmen: +4,9 Prozentpunkte), Thüringen (+5,8 Prozentpunkte; Erststimmen: +4,2 Prozentpunkte) und Brandenburg (+6,4 Prozentpunkte; Erststimmen: +4,5 Prozentpunkte). Der Unterschied war in Bayern (+2,3 Prozentpunkte; Erststimmen: +1,0 Prozentpunkte), Bremen und dem Saarland (je +2,7 Prozentpunkte; Erststimmen: +1,5 bzw. +1,6 Prozentpunkte) am geringsten, jedoch immer noch deutlich ausgeprägt.

Mit Ausnahme von Hamburg (-0,4 Prozentpunkte) und Bremen (identisches Ergebnis bei Männern und Frauen) lag das Zweitstimmenergebnis der CDU bzw. CSU bei den Männern in allen Bundesländern über dem der Frauen, am deutlichsten in Thüringen (+2,4 Prozentpunkte; Erststimmen: +3,2 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (+2,8 Prozentpunkte; Erststimmen: +3,5 Prozentpunkte) und Brandenburg (+3,0 Prozentpunkte; Erststimmen: +3,4 Prozentpunkte), am geringsten im Saarland (+0,5 Prozentpunkte; Erststimmen: +1,3 Prozentpunkte) und in Bayern (+0,8 Prozentpunkte; Erststimmen: +1,9 Prozentpunkte).

6.2 Bei den kleineren Parteien waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Stimmabgabe nicht so groß

Den GRÜNEN haben 8,9% der Frauen und 8,2% der Männer ihre Zweitstimme gegeben (Erststimme: 6,4 bzw. 4,8%). FDP und PDS hatten jeweils ein leichtes Stimmenmehr bei den Männern (8,1 zu 6,7% bei den Frauen bzw. 4,3 zu 3,7% bei den Frauen). Betrachtet man die Erststimmen, so bestätigt sich dieses Bild: Die FDP erhielt 6,0% der Erststimmen der Männer und 5,6% der Erststimmen der Frauen. Die PDS erhielt 4,6% der Erststimmen der Männer und 4,1% der Erststimmen der Frauen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten waren hier also nicht so deutlich wie bei den großen Parteien.

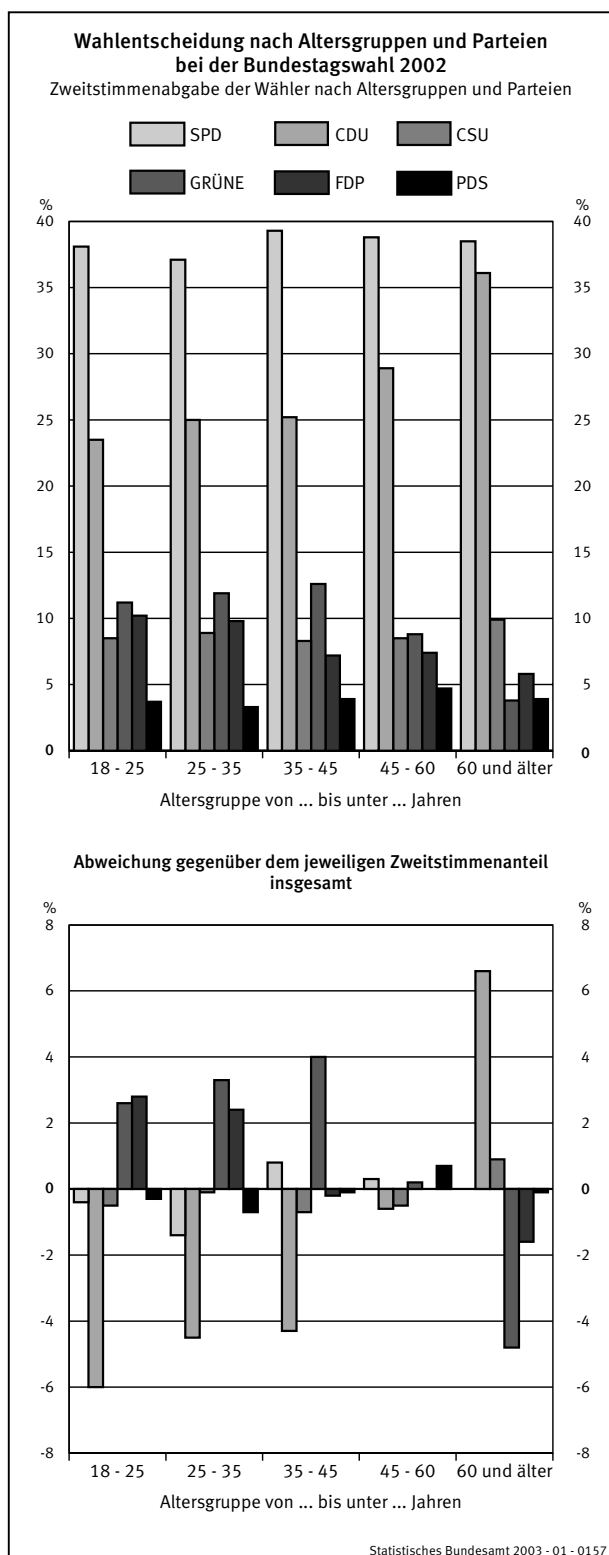
6.3 Die Präferenz für kleinere Parteien war bei Männern deutlicher

Die Männer hatten – betrachtet man die Zweitstimmen – eine leichte Vorliebe für kleinere Parteien: GRÜNE, FDP, PDS und die sonstigen Parteien erhielten zusammen 24,1% der Zweitstimmen der Männer, bei den Frauen lag dieser Anteil nur bei 22,0%. Beim Blick auf die Erststimmen kehrt sich dieses Bild um: Die kleineren Parteien bekamen 17,1% der Erststimmen der Frauen, jedoch nur 16,9% der Erststimmen der Männer.

6.4 SPD verbuchte bundesweit in allen Altersgruppen einen ähnlich hohen Zuspruch, bei den Unionsparteien gab es hier Unterschiede

Auffallend ist, dass die SPD – bundesweit betrachtet – bei den Zweitstimmen in allen Altersgruppen ähnlich hohen Zuspruch erfahren hat. Ihr Wahlerfolg differierte bei allen Altersgruppen nur um 2,2 Prozentpunkte (zwischen 37,1% bei den 25- bis 34-Jährigen und 39,3% bei den 35- bis 44-Jährigen). Bei den Unionsparteien betrug diese Differenz zwischen den Altersgruppen immerhin 14,0 Prozentpunkte (zwischen 32,0% bei den 18- bis 24-Jährigen und 46,0% bei den ab 60-Jährigen – siehe auch die Anhangtabelle auf S. 187 f.). Die Differenz bei den Erststimmen betrug – bundesweit betrachtet – bei der SPD 3,2 Prozentpunkte, bei den Unionsparteien CDU und CSU 12,3 Prozentpunkte.

Schaubild 3



6.5 SPD verbuchte nur im Westen in allen Altersgruppen einen ähnlich hohen Zuspruch

Der bundesweit in allen Altersgruppen ähnlich hohe Zuspruch für die SPD weist – wie die Anhangtabelle zeigt –

differenziert nach dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost sowie nach Bundesländern allerdings nicht geringe Unterschiede auf: Der Wahlerfolg der SPD nach Zweitstimmen bei allen Altersgruppen differierte im Westen nur um 2,5 Prozentpunkte; zwischen 37,3% bei den 25- bis 34-Jährigen und 39,8% bei den 35- bis 44-Jährigen (bei den Erststimmen lag die Differenz bei 5,2 Prozentpunkten). Im Osten waren die Unterschiede beim Wahlerfolg in den verschiedenen Altersgruppen deutlicher: Die Spanne der für die SPD abgegebenen Zweitstimmen reichte von 36,1% bei den 25- bis 34-Jährigen bis 43,6% bei den ab 60-Jährigen, eine Differenz von 7,5 Prozentpunkten. Bei den Erststimmen lag die Differenz ebenfalls bei 7,5 Prozentpunkten.

6.6 Der besondere Wahlerfolg der Unionsparteien bei den Älteren war auf das frühere Bundesgebiet beschränkt

Die CDU erreichte in den neuen Ländern und Berlin-Ost in allen Altersgruppen gleichmäßigere Zweitstimmenergebnisse als die SPD. Ihre Wahlergebnisse reichten von 23,2% bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren (Erststimmen: 27,2%) bis 28,9% bei den 35- bis 44-Jährigen sowie bei den ab 60-Jährigen (Erststimmen: 31,1% bzw. 29,9%), differierten also um 5,7 Prozentpunkte (Erststimmen: 3,9 Prozentpunkte). Im früheren Bundesgebiet belief sich die höchste Ergebnisdifferenz zwischen den Altersgruppen bei den Unionsparteien auf 15,4 Prozentpunkte (Erststimmen: ebenfalls 15,4 Prozentpunkte).

Die Ergebnisdifferenz (nach Zweitstimmen) bei den Unionsparteien in den alten Bundesländern war in den Ländern Saarland (18,2 Prozentpunkte; Erststimmen: 15,8 Prozentpunkte), Berlin (19,4 Prozentpunkte; Erststimmen: 19,5 Prozentpunkte) und Hamburg (24,2 Prozentpunkte; Erststimmen: 25,1 Prozentpunkte) am deutlichsten. In fast allen alten Bundesländern wiesen die jüngste und die älteste Wählergruppe den größten Unterschied auf (Ausnahmen: Bremen, Rheinland-Pfalz, Bayern und das Saarland). Im früheren Bundesgebiet vereinigten CDU und CSU 49,7% der Zweitstimmen (Erststimmen: 52,0%) der ab 60-Jährigen auf sich, der Abstand auf die nächst stärkere Altersgruppe (39,4% bei den 45- bis 59-Jährigen) war mit 10,3 Prozentpunkten (Erststimmen: 10,0 Prozentpunkte) bemerkenswert hoch.

6.7 Gut 84% der älteren Wähler entschieden sich für die großen Volksparteien

Die älteren Wähler bevorzugten überdurchschnittlich oft die großen Volksparteien. So haben 84,5% der ab 60-Jährigen ihre Zweitstimme der SPD oder den Unionsparteien gegeben; Frauen zu 85,3%, Männer zu 83,4% (bei den Erststimmen lag dieser Anteil sogar bei 88,5%; bei den Männern bei 88,2%, bei den Frauen bei 88,9%). Dieser Anteil lag bei den Wählerinnen und Wählern von 18 bis 24 Jahren bei nur 70,1% (Erststimmen: 77,7%), in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen bei 71,0% (Erststimmen: 78,2%).

Die Konzentration der älteren Wähler auf die großen Volksparteien war allerdings im Westen Deutschlands mit 87,1% deutlich stärker ausgeprägt als im Osten (72,5%): In den neuen Ländern und Berlin-Ost reichten die Quoten von 71,4% (Sachsen) bis 76,7% (Sachsen-Anhalt). Die vergleichbaren Quoten reichten in Westdeutschland von 81,2% (Hamburg) bis 91,7% (Bayern).

6.8 Kleinere Parteien fanden mehr Rückhalt bei den jüngeren Wählern

Die kleineren Parteien – in erster Linie die GRÜNEN und die FDP – hatten bei den jüngeren Wählern mehr Rückhalt als in den älteren Altersgruppen: Die FDP erreichte in den Wählergruppen unter 35 Jahren mit 10,2% der Zweitstimmen der 18- bis 24-Jährigen und 9,8% der Stimmen der 25- bis 34-Jährigen im Vergleich zum Bundesergebnis (7,4%) ein überdurchschnittliches Zweitstimmenergebnis. Ab 35 Jahren lag der Zweitstimmenanteil unterhalb (oder auf gleicher Höhe) des Bundesdurchschnittes (zwischen 5,8 und 7,4%). Die FDP erreichte ihr bestes Ergebnis mit 11,5% bei den 18- bis 24-jährigen Männern, ihr schlechtestes bei den ab 60-jährigen Frauen (5,4%).

Bei den GRÜNEN zeigte sich ein ähnliches Bild: In den Altersgruppen bis 59 Jahre haben die GRÜNEN Zweitstimmenergebnisse über dem Bundesdurchschnitt aller Altersgruppen erzielt (zwischen 8,8 und 12,6%). Jenseits eines Alters von 60 Jahren ließ der Zuspruch merklich nach und fiel mit 3,8% sogar unter die Fünf-Prozent-Marke. Die GRÜNEN erreichten ihr bestes Ergebnis mit 13,5% bei den 35- bis 44-jährigen Frauen, ihr schlechtestes bei den Männern ab 60 Jahren (3,4%).

Der geringere Rückhalt für FDP und GRÜNE bei den älteren Wählern zeigte sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost und im früheren Bundesgebiet gleichermaßen. Während die GRÜNEN bei den Zweitstimmen in den neuen Bundesländern in jeder Altersgruppe schlechter abschnitten als im Westen (die Spanne reichte von –1,3 Prozentpunkten bei den ab 60-Jährigen über –6,0 Prozentpunkte bei den 45- bis 59-Jährigen bis –8,0 Prozentpunkten bei den 35- bis 44-Jährigen), erreichte die FDP in den neuen Ländern und Berlin-Ost und im früheren Bundesgebiet ähnlich hohe Zweitstimmenergebnisse. In der jüngsten Wählergruppe schnitt die FDP in den neuen Ländern und Berlin-Ost sogar besser ab: Bei den 18- bis 24-Jährigen erreichte die FDP im Osten 11,2% (Erststimmen: 9,9%), im Westen 10,0% der Zweitstimmen (Erststimmen: 7,8%). In der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen wurden im Westen 9,8% (Erststimmen: 7,5%), im Osten 9,6% (Erststimmen: 9,0%) erreicht. Die Ergebnisse in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen waren ebenfalls fast identisch: Im Westen votierten 7,2% (Erststimmen: 5,6%) für die FDP, im Osten 7,1% (Erststimmen: 6,9%).

In der Altersgruppe der ab 60-Jährigen erreichten die GRÜNEN hingegen im früheren Bundesgebiet nur einen Zweitstimmenanteil von 4,0% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 2,7%. Auch die FDP lag in dieser Altersgruppe mit 6,2% (früheres Bundesgebiet) bzw. 3,8% (neue Länder und Berlin-Ost) der Zweitstimmen deutlich unter ihrem Ergebnis bei den jüngeren Wählern.

6.9 PDS in allen Altersgruppen unter 5%, im Osten in allen Altersgruppen unter 20%

Die PDS, die nach dem amtlichen Endergebnis 4,0% der Zweitstimmen erhielt, erreichte nach der Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik bei den 45- bis 59-Jährigen mit 4,7% ihr bestes Ergebnis. Betrachtet man das Wahlverhalten in den einzelnen Altersgruppen zusätzlich nach Geschlecht, so konnte die PDS im Bundesdurchschnitt nur in der Gruppe der 45- bis 59-jährigen Männer die Fünf-Prozent-Hürde überspringen (5,0%).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Zweitstimmenanteil der PDS bei 16,9% (im Vergleich zu 21,6% bei der Bundestagswahl 1998). Dort konnte sie in der Gruppe der ab 60-Jährigen mit 19,0% ihr bestes Ergebnis erzielen, in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen votierten für sie nur 11,8% der Wähler. Nur bei den Männern der Altersgruppe der ab 60-Jährigen gelang es der PDS, die Zwanzig-Prozent-Marke zu überspringen (21,1%).

6.10 DIE REPUBLIKANER und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill) ohne Bedeutung

REP und Schill blieben mit bundesweit 0,6 bzw. 0,8% der Zweitstimmen im Bereich der Splitterparteien verhaftet. Es fällt auf, dass die Schill-Partei in allen Altersgruppen ähnlichen Zuspruch erfuhr (0,7% bis 0,9%), während die Unterschiede bei den Republikanern deutlicher waren. Dort variierten die Zweitstimmenergebnisse zwischen 0,3% bei den ab 60-Jährigen und 1,0% bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren. Im Westen lag die Schill-Partei mit 0,7% der Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte vor den Republikanern, im Osten jedoch war der Abstand größer: Hier betrug der Vorsprung von Schill 0,7 Prozentpunkte (1,2% der Zweitstimmen im Vergleich zu 0,5% bei den REP).

Die Republikaner erreichten ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 1,1% bei den westdeutschen Wählern der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren; die Männer dieser Altersgruppe wählten die REP sogar zu 1,4%. Auch im Osten lag ihr Ergebnis bei den jungen Wählern (insbesondere den Männern) über dem Durchschnitt. Ihr schlechtestes Ergebnis erreichten sie mit 0,2% bei den Wählern in den neuen Ländern und Berlin-Ost in den Altersgruppen ab 60 Jahren (bei den Frauen dieser Altersgruppen votierten für sie sogar nur 0,1%).

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill) erreichte ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 1,9% in den neuen Ländern und Berlin-Ost in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen; die Männer dieser Altersgruppe wählten Schill sogar zu 2,5% (danach folgte in geringem Abstand die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen mit 1,7%, Männer: 2,2%). Ihr schlechtestes Ergebnis erreichte die Partei Rechtsstaatlicher Offensive bei den Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost ab 60 Jahren (0,4% der Zweitstimmen).

7 Ergebnisse zum Stimmensplitting

7.1 Kleinere Parteien erhielten mehr Zweit- als Erststimmen

Bei Betrachtung des amtlichen Endergebnisses fällt auf, dass die kleineren Parteien, vor allem GRÜNE und FDP, einen zum Teil deutlichen Zweitstimmenüberhang zu verzeichnen hatten (GRÜNE + 1 416 561; FDP + 768 019 Stimmen). Dies dürfte damit zusammenhängen, dass viele Wählerinnen und Wähler erkannt haben, dass die Erststimme für eine kleine Partei oft „verloren“ ist (die GRÜNEN erreichten ein Direktmandat, die FDP erreichte kein Direktmandat).

Der Erststimmenüberhang der PDS in Höhe von 162 501 Stimmen dürfte ein Resultat der Erststimmenkampagne der PDS sein: Wahlkampfziel der PDS war es, die Grundmandatsklausel des § 6 Abs. 6 BWG durch die Erststimmenmehrheit in mindestens drei Wahlkreisen zu erfüllen und dadurch an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen auch für den Fall teilzunehmen, dass ein Zweitstimmenergebnis von mindestens 5% verfehlt wird.

7.2 Zweitstimmenwerbung der GRÜNEN war erfolgreich

Der deutliche Überhang an Zweitstimmen bei den GRÜNEN wurde hauptsächlich durch solche Wähler verursacht, die

ihre Erststimme dem jeweiligen Wahlkreis Kandidaten der SPD gegeben haben.

Im früheren Bundesgebiet haben nach dem hochgerechneten Ergebnis der Stichprobe von den rund 3,7 Mill. Wählern, die den GRÜNEN ihre Zweitstimme gegeben haben, nur rund 1,2 Mill. Wähler auch mit der Erststimme für diese Partei gestimmt. Hier kamen die Zweitstimmen der GRÜNEN in einem erheblichem Umfang von rund 2,2 Mill. Stimmen von solchen Wählern, die mit ihrer Erststimme für die SPD votiert haben. Damit war das Stimmensplitting derjenigen Wähler, die mit der Erststimme die SPD gewählt haben, für den Zweitstimmenerfolg der GRÜNEN verantwortlich. Besonders ausgeprägt war diese Variante des Stimmensplittings in den Ländern Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg und Niedersachsen. In allen Bundesländern war die Kombination Erststimme SPD – Zweitstimme DIE GRÜNEN sehr verbreitet.

Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren in diesem Zusammenhang nicht zu erkennen: So gaben von 100 Wählern, die der SPD ihre Erststimme gegeben haben, 12,2% ihre Zweitstimme den GRÜNEN (Männer: 12,6%; Frauen: 11,9%).

Die Häufigkeit dieser Kombination wird auch bei einer Betrachtung aus der Perspektive der Zweitstimmenwähler deutlich: Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme den GRÜNEN gegeben haben, haben nur 32,6% der Wähler auch mit

Tabelle 9: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002
Erststimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme									
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige	darunter		ungültig
									REP	Schill	
SPD	insgesamt	79,5	1,8	0,6	12,2	2,1	1,9	1,4	0,3	0,3	0,5
	Männer	78,8	1,7	0,6	12,6	2,2	2,1	1,5	0,4	0,5	0,4
	Frauen	80,1	1,8	0,6	11,9	2,0	1,7	1,4	0,2	0,2	0,6
CDU	insgesamt	3,2	85,3	–	0,9	7,5	0,4	2,2	0,4	0,8	0,5
	Männer	2,8	84,7	–	0,7	8,5	0,4	2,5	0,6	1,0	0,4
	Frauen	3,6	85,9	–	1,1	6,5	0,4	1,8	0,3	0,6	0,7
CSU	insgesamt	2,2	–	92,6	0,6	3,0	0,1	1,2	0,4	0,2	0,3
	Männer	2,0	–	92,2	0,5	3,6	0,1	1,4	0,6	0,2	0,3
	Frauen	2,3	–	93,0	0,8	2,4	0,1	1,1	0,2	0,1	0,3
GRÜNE	insgesamt	37,5	3,3	1,7	49,4	2,5	2,2	3,0	0,3	0,3	0,3
	Männer	35,0	3,2	1,6	51,8	2,6	2,9	2,6	0,4	0,4	0,2
	Frauen	39,3	3,4	1,8	47,8	2,4	1,7	3,2	0,2	0,2	0,3
FDP	insgesamt	10,4	15,7	3,7	2,1	61,1	1,1	5,5	1,2	1,6	0,4
	Männer	9,0	15,6	3,5	1,8	62,9	1,1	5,8	1,5	1,9	0,3
	Frauen	11,7	15,9	3,8	2,5	59,3	1,1	5,2	0,8	1,3	0,5
PDS	insgesamt	21,4	2,8	0,2	2,9	1,7	65,3	5,2	1,3	1,4	0,4
	Männer	19,9	2,9	0,2	3,0	1,7	66,0	6,0	1,7	1,7	0,3
	Frauen	23,0	2,8	0,2	2,8	1,6	64,7	4,4	1,0	1,0	0,5
Sonstige	insgesamt	11,3	11,4	4,8	3,4	4,3	2,6	61,6	9,0	17,0	0,6
	Männer	9,7	11,4	4,4	2,9	4,5	2,7	63,8	11,1	19,8	0,5
	Frauen	13,5	11,3	5,3	4,0	4,0	2,5	58,7	6,3	13,3	0,8
darunter:											
REP	insgesamt	7,1	7,9	14,9	0,8	2,8	1,4	64,5	45,2	6,2	0,4
	Männer	7,0	7,6	14,6	0,6	2,9	1,8	65,2	45,0	6,4	0,3
	Frauen	7,4	8,6	16,0	1,2	2,5	1,2	63,0	45,7	5,6	0,6
Schill	insgesamt	10,8	15,8	–	0,8	4,9	1,4	66,0	5,1	50,8	0,3
	Männer	10,3	16,2	–	0,7	5,2	1,3	65,9	5,6	50,1	0,4
	Frauen	11,7	15,1	–	1,2	4,3	1,7	66,0	4,3	52,2	0,2
Ungültig	insgesamt	15,8	12,5	5,1	2,3	3,1	1,7	10,7	2,2	2,6	48,8
	Männer	13,3	11,2	4,6	2,4	3,4	1,8	14,4	3,4	3,9	48,8
	Frauen	17,8	13,6	5,5	2,1	3,0	1,7	7,6	1,3	1,6	48,8

der Erststimme für die GRÜNEN votiert (Männer: 30,3%; Frauen: 34,6%). 59,7% dieser Wähler wählten mit der Erststimme den SPD-Wahlkreiskandidaten (Männer: 62,5%; Frauen: 57,3%).

7.3 FDP hat vom Stimmensplitting der CDU-Erststimmenwähler profitiert

Nach dem amtlichen Endergebnis hatte die CDU einen Erststimmenüberhang von 1 168 951 Stimmen. Wie die Repräsentative Wahlstatistik zeigt, haben von den rund 3,5 Mill. Wählern, die der FDP die Zweitstimme gegeben haben, nur rund 1,7 Mill. Wähler die FDP auch mit der Erststimme gewählt. Rund 1,1 Mill. haben hingegen taktisch gesplittet und der CDU die Erst- und der FDP die Zweitstimme gegeben.

Auch hier waren signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht erkennbar: Von 100 Wählern, die der FDP ihre Zweitstimme gegeben haben, haben nur 47,7% auch ihre Erststimme der FDP gegeben (Männer: 46,3%; Frauen: 49,3%). 36,1% dieser Wähler haben mit ihrer Erststimme für eine der Unionsparteien votiert (Männer: 38,5%; Frauen: 33,3%).

Diese Stimmenkombination war im Osten wie im Westen gleichermaßen verbreitet, der Zweitstimmenüberhang der FDP war allerdings in den neuen Ländern und Berlin-Ost

nicht in dem Maße ausgeprägt wie im früheren Bundesgebiet (nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik betrug der Zweitstimmenüberhang der FDP in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 34 700 Stimmen; im früheren Bundesgebiet lag der Überhang bei 738 400 Stimmen).

7.4 Stimmensplitting war bei den Wählern der CSU kaum verbreitet

Nach dem hochgerechneten Ergebnis der Stichprobe haben von den 4 315 080 Wählern, die der CSU ihre Zweitstimme gegeben haben, 3 969 019 Wähler dieser Partei auch die Erststimme gegeben. Damit bewegt sich das Stimmensplitting der CSU-Wähler auf niedrigem Niveau. So haben von 100 Wählern, die der CSU in Bayern ihre Zweitstimme gegeben haben, 92,0% der CSU auch ihre Erststimme gegeben (Männer: 92,4%; Frauen: 91,6%).

7.5 PDS-Wähler splitteten zu Gunsten der SPD

Die Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik hat ergeben, dass die Kombination Erststimme PDS – Zweitstimme SPD recht verbreitet war. So gaben von 100 Wählern, die mit ihrer Erststimme für die PDS votierten, 21,4% ihre Zweitstimme der SPD (Männer: 19,9%; Frauen: 23,0%).

Tabelle 10: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002
Zweitstimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme									
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige	darunter		ungültig
									REP	Schill	
SPD	insgesamt	86,4	2,6	0,5	5,5	1,6	2,4	0,4	0,0	0,1	0,6
	Männer	87,6	2,5	0,5	4,6	1,5	2,5	0,4	0,0	0,1	0,5
	Frauen	85,4	2,8	0,5	6,3	1,6	2,3	0,3	0,0	0,0	0,7
CDU	insgesamt	2,5	92,2	–	0,6	3,1	0,4	0,5	0,0	0,1	0,6
	Männer	2,4	92,5	–	0,5	3,1	0,4	0,6	0,0	0,2	0,5
	Frauen	2,7	92,0	–	0,8	3,1	0,4	0,4	0,0	0,1	0,7
CSU	insgesamt	3,0	–	92,0	1,1	2,4	0,1	0,7	0,2	–	0,9
	Männer	2,8	–	92,4	0,9	2,3	0,1	0,7	0,2	–	0,7
	Frauen	3,1	–	91,6	1,3	2,4	0,1	0,6	0,1	–	1,0
GRÜNE	insgesamt	59,7	3,3	0,7	32,6	1,4	1,5	0,5	0,0	0,0	0,4
	Männer	62,5	2,8	0,5	30,3	1,3	1,7	0,5	0,0	0,0	0,4
	Frauen	57,3	3,7	0,8	34,6	1,6	1,3	0,5	0,0	0,0	0,4
FDP	insgesamt	11,9	32,5	3,6	1,9	47,7	1,0	0,7	0,0	0,2	0,6
	Männer	11,3	34,4	4,1	1,5	46,3	1,0	0,8	0,1	0,2	0,6
	Frauen	12,6	30,2	3,1	2,3	49,3	1,0	0,6	0,0	0,1	0,7
PDS	insgesamt	19,6	3,1	0,2	3,2	1,6	70,9	0,8	0,0	0,1	0,7
	Männer	20,1	3,0	0,2	3,3	1,6	70,4	0,9	0,1	0,1	0,6
	Frauen	19,1	3,2	0,1	3,0	1,7	71,5	0,7	0,0	0,1	0,7
Sonstige	insgesamt	19,5	22,5	3,6	5,6	10,4	7,5	25,7	2,2	5,6	5,3
	Männer	17,4	23,6	3,6	3,6	10,0	8,0	27,8	2,8	6,8	5,9
	Frauen	21,9	21,2	3,7	7,9	10,9	6,9	23,0	1,5	4,2	4,5
darunter:											
REP	insgesamt	19,5	23,7	6,2	2,6	12,0	10,2	20,0	8,3	2,3	5,9
	Männer	18,6	24,6	6,4	2,3	11,4	9,8	20,9	8,3	2,5	6,0
	Frauen	21,3	22,0	5,7	3,2	13,0	10,9	18,2	8,3	2,0	5,7
Schill	insgesamt	17,2	30,4	1,6	1,9	10,9	7,2	26,0	0,8	15,8	4,7
	Männer	16,7	30,5	1,8	1,8	10,2	7,1	27,0	0,9	16,2	5,0
	Frauen	18,2	30,1	1,4	2,2	12,2	7,4	24,2	0,6	15,2	4,3
Ungültig	insgesamt	17,0	14,5	2,3	1,4	1,8	1,5	0,7	0,0	0,1	60,9
	Männer	14,4	12,4	2,3	1,1	1,4	1,5	0,8	0,0	0,1	66,3
	Frauen	18,9	16,0	2,2	1,6	2,0	1,5	0,6	0,0	0,0	57,1

Tabelle 11: Ausgewählte Stimmenkombinationen bei Bundestagswahlen

Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen für die ...	entfielen auf Erststimmen						
	für die ...	2002	1990	1987 ¹⁾	1983 ¹⁾	1980 ¹⁾	1976 ¹⁾
SPD	SPD	864	905	927	952	924	950
	CDU	26	18	15	13	16	9
	CSU	5	4	4	4	5	3
	GRÜNE .	55	35	35	20	12	X
	FDP	16	13	7	4	35	25
	PDS	24	5	X	X	X	X
CDU	SPD	25	27	19	21	12	11
	CDU	922	917	954	959	971	972
	GRÜNE .	6	6	6	4	3	X
	FDP	31	31	13	10	8	8
	PDS	4	1	X	X	X	X
CSU	SPD	30	25	18	16	15	13
	CSU	920	928	949	963	961	969
	GRÜNE .	11	8	6	4	5	X
	FDP	24	18	12	10	9	8
	PDS	1	-	X	X	X	X
GRÜNE ...	SPD	597	293	315	398	187	X
	CDU	33	37	36	43	70	X
	CSU	7	10	7	9	48	X
	GRÜNE .	326	607	582	521	649	X
	FDP	14	24	16	12	14	X
FDP	PDS	15	1	X	X	X	X
	SPD	119	140	131	101	355	299
	CDU	325	262	374	498	116	68
	CSU	36	32	58	85	17	12
	GRÜNE .	19	24	32	17	20	X
PDS	FDP	477	506	387	291	485	607
	PDS	10	3	X	X	X	X
	SPD	196	98	X	X	X	X
	CDU	31	35	X	X	X	X
	CSU	2	-	X	X	X	X
PDS	GRÜNE .	32	39	X	X	X	X
	FDP	16	18	X	X	X	X
	PDS	709	756	X	X	X	X

1) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

Die umgekehrte Stimmenkombination kam ebenfalls häufig vor: 19,6% der Zweitstimmenwähler der PDS gaben ihre Erststimme dem Kandidaten der SPD (Männer: 20,1%; Frauen 19,1%).

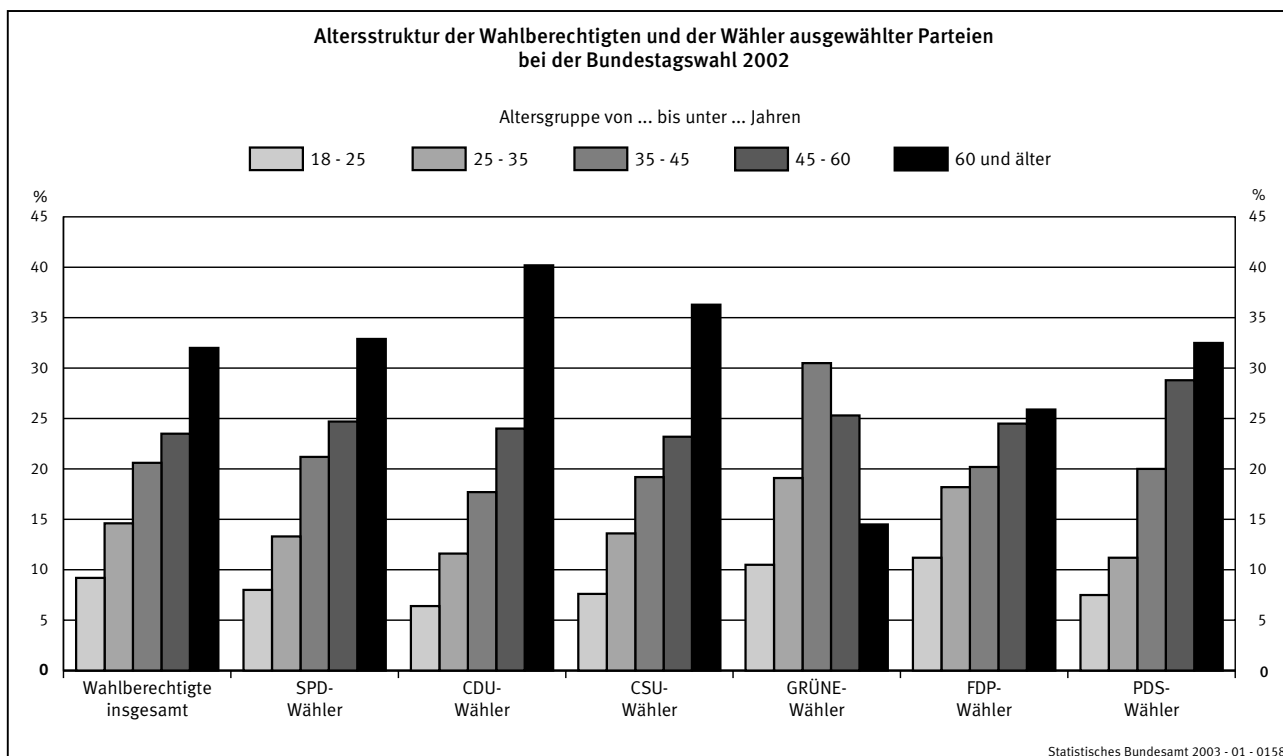
8 Ergebnisse zu Wählerschaften der Parteien

Hinsichtlich der demographischen Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien zeigt sich nach den Ergebnissen aus der Repräsentativen Wahlstatistik folgendes Bild, das im Vergleich mit den Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht auch Anhaltspunkte gibt, in welchem Umfang die Parteien ihr Wählerpotenzial mobilisieren konnten:

8.1 Wählerschaft der Unionsparteien rekrutierte sich überproportional aus älteren Wählern

Der Anteil der Wahlberechtigten ab 60 Jahren betrug bei der Bundestagswahl 2002 nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik 32,0% aller Wahlberechtigten. CDU, CSU und SPD hatten – das wurde bereits bei der Analyse der abgegebenen Stimmen deutlich – einen großen Wähleranteil in der älteren Generation. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Unionsparteien, von deren Wählern 39,3% mindestens 60 Jahre alt waren. Bei der SPD betrug der entsprechende Anteil der ab 60-Jährigen mit 32,9% 6,4 Prozentpunkte weniger und entsprach fast dem Anteil der Wahlberechtigten ab 60 Jahren an allen Wahlberechtigten.

Schaubild 4



Der Anteil der Wahlberechtigten der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren betrug bei der Bundestagswahl 2002 9,2% aller Wahlberechtigten. Der Anteil der jüngsten Wählergruppe betrug bei der SPD 8,0%, bei CDU und CSU 6,7%. In beiden großen Parteien lag der Anteil der Jungwähler damit unter deren Anteil an den Wahlberechtigten, bei der Union deutlicher als bei der SPD.

8.2 Die SPD schöpfte ihr Potenzial bei jeder Altersgruppe gleichmäßig aus

Die Altersgruppen waren in der Wählerschaft der SPD in etwa so verteilt, wie es der Verteilung der Altersgruppen in der Gruppe aller Wahlberechtigten entsprach. Diese Tendenz zeigte sich bei Männern und Frauen, in Ost und West. Die Abweichungen waren nur gering: Bundesweit betrachtet war die Abweichung in keiner Altersgruppe größer als 1,3 Prozentpunkte.

8.3 In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen

In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen: Mit 30,5% gehörte ein knappes Drittel ihrer Wähler – das galt für Männer (30,8%) und Frauen (30,2%) gleichermaßen – zur Altersklasse der 35- bis 44-Jährigen. Die älteste Wählergruppe ab 60 Jahren war in der Wählerschaft der GRÜNEN deutlich unterrepräsentiert: Ihr Anteil an den Wählern der GRÜNEN betrug nur 14,5% (verglichen mit 32,0% über 60-Jährigen unter allen Wahlberechtigten). Der Anteil an Männern ab 60 Jahren betrug 12,4%, der Frauenanteil 16,4%.

8.4 In der PDS dominierten die über 45-Jährigen

In der PDS hatten die älteren Altersgruppen ein überdurchschnittliches Gewicht. Bis zu einem Alter von 44 Jahren waren die Altersgruppen im Vergleich zu deren Anteil an den Wahlberechtigten unterrepräsentiert, am stärksten die Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen: Deren Anteil an den Wählern der PDS betrug 11,2%, diese Altersgruppe stellte jedoch 14,6% der Wahlberechtigten.

8.5 Junge Wähler waren in der Wählerschaft der FDP – insbesondere im Osten – überdurchschnittlich vertreten

Bei der FDP zeigte sich ein umgekehrtes Bild: Hier dominierten – verglichen mit den Wahlberechtigten – die Jüngeren. In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen lag ihr Anteil an der Wählerschaft der FDP sogar 3,5 Prozentpunkte über dem Anteil der Altersgruppe an den Wahlberechtigten (18,2% zu 14,6%). Diese Feststellung traf gleichermaßen für Männer und Frauen zu. Die älteren Wähler waren in der FDP unterrepräsentiert: Am deutlichsten wurde dies in der Altersgruppe ab 60 Jahren: Die FDP rekrutierte ihre Wählerschaft nur zu 25,9% aus dieser Altersgruppe, obgleich der Anteil

der Wahlberechtigten dieser Altersgruppe an allen Wahlberechtigten 32,0% betrug. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die FDP-Wähler sogar bis zur Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen überrepräsentiert. Bei der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen war die Dominanz am größten: Ihr Anteil an der Wählerschaft der FDP lag 5,4 Prozentpunkte über dem Anteil der Altersgruppe an den Wahlberechtigten (16,2% zu 10,8%). Auch die Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen war noch deutlich überrepräsentiert: Ihr Anteil an der Wählerschaft der FDP lag 5,5 Prozentpunkte über dem Anteil der Altersgruppe an den Wahlberechtigten (18,8% zu 13,3%). [u](#)

Anhangtabelle: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter
Gültige Zweitstimmen

Partei	Insgesamt		Davon Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 und mehr	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland												
Insgesamt												
SPD	18 488,7	38,5	1 476,1	38,1	2 451,0	37,1	3 912,2	39,3	4 567,7	38,8	6 081,7	38,5
CDU	14 167,6	29,5	911,9	23,5	1 650,5	25,0	2 505,6	25,2	3 404,0	28,9	5 695,6	36,1
CSU	4 315,1	9,0	328,5	8,5	586,0	8,9	830,4	8,3	1 002,3	8,5	1 568,0	9,9
GRÜNE	4 110,4	8,6	432,6	11,2	786,7	11,9	1 252,0	12,6	1 041,1	8,8	597,9	3,8
FDP	3 538,8	7,4	396,4	10,2	644,2	9,8	714,3	7,2	868,3	7,4	915,6	5,8
PDS	1 916,7	4,0	143,5	3,7	214,6	3,3	384,1	3,9	551,9	4,7	622,6	3,9
Sonstige	1 464,2	3,1	187,4	4,8	268,5	4,1	354,8	3,6	336,1	2,9	317,3	2,0
darunter:												
REP	274,9	0,6	40,1	1,0	54,6	0,8	68,1	0,7	60,5	0,5	51,5	0,3
Schill	399,8	0,8	31,9	0,8	61,4	0,9	93,3	0,9	109,9	0,9	103,3	0,7
Insgesamt ...	48 001,3	100	3 876,4	100	6 601,4	100	9 953,5	100	11 771,3	100	15 798,7	100
Männer												
SPD	8 451,6	36,7	686,8	34,9	1 141,2	34,4	1 875,6	37,5	2 193,5	37,6	2 554,5	37,0
CDU	6 939,2	30,1	487,1	24,8	878,6	26,5	1 323,1	26,5	1 727,6	29,6	2 522,8	36,5
CSU	2 089,2	9,1	167,9	8,5	298,9	9,0	437,6	8,8	500,6	8,6	684,2	9,9
GRÜNE	1 893,5	8,2	214,1	10,9	373,9	11,3	582,4	11,7	488,4	8,4	234,6	3,4
FDP	1 868,2	8,1	225,6	11,5	363,8	11,0	390,5	7,8	449,9	7,7	438,3	6,3
PDS	989,9	4,3	78,1	4,0	111,6	3,4	193,6	3,9	293,6	5,0	313,1	4,5
Sonstige	800,3	3,5	107,6	5,5	148,7	4,5	193,2	3,9	185,7	3,2	165,0	2,4
darunter:												
REP	185,3	0,8	26,2	1,3	37,3	1,1	46,4	0,9	41,5	0,7	33,8	0,5
Schill	256,0	1,1	20,7	1,1	40,2	1,2	61,4	1,2	71,0	1,2	62,7	0,9
Zusammen ...	23 031,9	100	1 967,2	100	3 316,7	100	4 996,0	100	5 839,4	100	6 912,6	100
Frauen												
SPD	10 037,1	40,2	789,2	41,3	1 309,8	39,9	2 036,6	41,1	2 374,2	40,0	3 527,2	39,7
CDU	7 228,4	28,9	424,8	22,3	771,9	23,5	1 182,5	23,9	1 676,4	28,3	3 172,8	35,7
CSU	2 225,9	8,9	160,6	8,4	287,0	8,7	392,8	7,9	501,7	8,5	883,8	9,9
GRÜNE	2 216,9	8,9	218,5	11,4	412,8	12,6	669,7	13,5	552,6	9,3	363,3	4,1
FDP	1 670,6	6,7	170,8	8,9	280,3	8,5	323,8	6,5	418,3	7,1	477,3	5,4
PDS	926,8	3,7	65,4	3,4	103,0	3,1	190,5	3,8	258,4	4,4	309,4	3,5
Sonstige	663,9	2,7	79,8	4,2	119,8	3,6	161,6	3,3	150,4	2,5	152,3	1,7
darunter:												
REP	89,6	0,4	13,9	0,7	17,3	0,5	21,7	0,4	19,0	0,3	17,7	0,2
Schill	143,8	0,6	11,1	0,6	21,2	0,6	31,9	0,6	38,9	0,7	40,6	0,5
Zusammen ...	24 969,5	100	1 909,1	100	3 284,7	100	4 957,5	100	5 932,0	100	8 886,1	100
Früheres Bundesgebiet												
Insgesamt												
SPD	15 028,2	38,3	1 155,7	37,6	2 057,9	37,3	3 275,6	39,8	3 692,8	38,8	4 846,2	37,4
CDU	11 704,8	29,8	725,4	23,6	1 345,0	24,4	2 005,5	24,4	2 754,2	28,9	4 874,8	37,6
CSU	4 315,1	11,0	328,5	10,7	586,0	10,6	830,4	10,1	1 002,3	10,5	1 568,0	12,1
GRÜNE	3 699,2	9,4	375,7	12,2	703,7	12,8	1 148,5	14,0	950,9	10,0	520,4	4,0
FDP	2 982,5	7,6	306,3	10,0	539,5	9,8	591,9	7,2	736,7	7,7	808,0	6,2
PDS	442,1	1,1	48,4	1,6	75,8	1,4	106,5	1,3	128,0	1,3	83,4	0,6
Sonstige	1 117,4	2,8	132,2	4,3	203,3	3,7	267,4	3,3	252,3	2,7	262,2	2,0
darunter:												
REP	228,0	0,6	33,3	1,1	45,0	0,8	55,0	0,7	48,8	0,5	45,9	0,4
Schill	291,0	0,7	19,8	0,6	40,9	0,7	63,2	0,8	79,9	0,8	87,1	0,7
Zusammen ...	39 289,3	100	3 072,1	100	5 511,3	100	8 225,8	100	9 517,1	100	12 963,0	100
Männer												
SPD	6 904,1	36,6	530,9	34,4	958,1	34,8	1 584,3	38,3	1 788,0	37,8	2 042,8	36,0
CDU	5 708,3	30,3	385,9	25,0	712,6	25,9	1 054,9	25,5	1 392,4	29,4	2 162,5	38,1
CSU	2 089,2	11,1	167,9	10,9	298,9	10,8	437,6	10,6	500,6	10,6	684,2	12,1
GRÜNE	1 702,7	9,0	184,9	12,0	333,4	12,1	533,1	12,9	446,7	9,4	204,6	3,6
FDP	1 583,5	8,4	173,0	11,2	304,9	11,1	328,7	7,9	384,2	8,1	392,7	6,9
PDS	266,8	1,4	28,3	1,8	41,4	1,5	63,2	1,5	81,8	1,7	52,1	0,9
Sonstige	591,7	3,1	72,9	4,7	105,8	3,8	139,9	3,4	136,0	2,9	137,2	2,4
darunter:												
REP	152,9	0,8	22,1	1,4	30,4	1,1	37,0	0,9	33,3	0,7	30,1	0,5
Schill	186,0	1,0	12,9	0,8	26,4	1,0	42,3	1,0	51,7	1,1	52,6	0,9
Zusammen ...	18 846,4	100	1 543,7	100	2 755,1	100	4 141,7	100	4 729,8	100	5 676,0	100
Frauen												
SPD	8 124,1	39,7	624,8	40,9	1 099,8	39,9	1 691,3	41,4	1 904,8	39,8	2 803,4	38,5
CDU	5 996,5	29,3	339,5	22,2	632,4	22,9	950,5	23,3	1 361,7	28,4	2 712,3	37,2
CSU	2 225,9	10,9	160,6	10,5	287,0	10,4	392,8	9,6	501,7	10,5	883,8	12,1
GRÜNE	1 996,5	9,8	190,7	12,5	370,4	13,4	615,4	15,1	504,2	10,5	315,8	4,3
FDP	1 399,0	6,8	133,4	8,7	234,6	8,5	263,2	6,4	352,4	7,4	415,3	5,7
PDS	175,4	0,9	20,1	1,3	34,5	1,3	43,3	1,1	46,2	1,0	31,3	0,4
Sonstige	525,6	2,6	59,3	3,9	97,5	3,5	127,5	3,1	116,3	2,4	125,0	1,7
darunter:												
REP	75,1	0,4	11,3	0,7	14,6	0,5	18,0	0,4	15,5	0,3	15,7	0,2
Schill	105,0	0,5	6,9	0,5	14,5	0,5	20,9	0,5	28,2	0,6	34,5	0,5
Zusammen ...	20 443,0	100	1 528,4	100	2 756,2	100	4 084,1	100	4 787,3	100	7 286,9	100

noch Anhangtabelle: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter
Gültige Zweitstimmen

Partei	Insgesamt		Davon Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 und mehr	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Neue Länder und Berlin-Ost												
Insgesamt												
SPD	3 460,5	39,7	320,4	39,8	393,0	36,1	636,6	36,8	874,9	38,8	1 235,5	43,6
CDU	2 462,7	28,3	186,5	23,2	305,5	28,0	500,2	28,9	649,8	28,8	820,8	28,9
CSU	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
GRÜNE	411,1	4,7	57,0	7,1	82,9	7,6	103,5	6,0	90,2	4,0	77,5	2,7
FDP	556,3	6,4	90,1	11,2	104,6	9,6	122,4	7,1	131,6	5,8	107,6	3,8
PDS	1 474,6	16,9	95,1	11,8	138,8	12,7	277,6	16,1	423,9	18,8	539,1	19,0
Sonstige	346,8	4,0	55,2	6,9	65,2	6,0	87,4	5,1	83,8	3,7	55,1	1,9
darunter:												
REP	46,9	0,5	6,7	0,8	9,6	0,9	13,1	0,8	11,7	0,5	5,7	0,2
Schill	108,8	1,2	12,0	1,5	20,5	1,9	30,1	1,7	30,0	1,3	16,3	0,6
Zusammen ...	8 712,0	100	804,3	100	1 090,0	100	1 727,7	100	2 254,2	100	2 835,7	100
Männer												
SPD	1 547,5	37,0	156,0	36,8	183,1	32,6	291,2	34,1	405,5	36,5	511,7	41,4
CDU	1 230,9	29,4	101,2	23,9	166,0	29,6	268,2	31,4	335,2	30,2	360,3	29,1
CSU	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
GRÜNE	190,7	4,6	29,2	6,9	40,5	7,2	49,3	5,8	41,7	3,8	30,0	2,4
FDP	284,7	6,8	52,6	12,4	58,9	10,5	61,8	7,2	65,7	5,9	45,6	3,7
PDS	723,1	17,3	49,8	11,8	70,2	12,5	130,5	15,3	211,7	19,1	261,0	21,1
Sonstige	208,5	5,0	34,8	8,2	42,9	7,6	53,3	6,2	49,7	4,5	27,8	2,3
darunter:												
REP	32,4	0,8	4,1	1,0	6,9	1,2	9,4	1,1	8,2	0,7	3,7	0,3
Schill	70,0	1,7	7,8	1,8	13,8	2,5	19,1	2,2	19,3	1,7	10,1	0,8
Zusammen ...	4 185,5	100	423,5	100	561,6	100	854,3	100	1 109,5	100	1 236,5	100
Frauen												
SPD	1 912,9	42,3	164,4	43,2	210,0	39,7	345,3	39,5	469,4	41,0	723,8	45,3
CDU	1 231,9	27,2	85,3	22,4	139,5	26,4	232,0	26,6	314,6	27,5	460,6	28,8
CSU	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
GRÜNE	220,4	4,9	27,8	7,3	42,4	8,0	54,2	6,2	48,4	4,2	47,5	3,0
FDP	271,6	6,0	37,4	9,8	45,7	8,6	60,6	6,9	65,9	5,8	62,0	3,9
PDS	751,4	16,6	45,4	11,9	68,6	13,0	147,2	16,8	212,2	18,5	278,1	17,4
Sonstige	138,2	3,1	20,5	5,4	22,3	4,2	34,1	3,9	34,1	3,0	27,3	1,7
darunter:												
REP	14,6	0,3	2,6	0,7	2,7	0,5	3,7	0,4	3,6	0,3	2,0	0,1
Schill	38,8	0,9	4,2	1,1	6,7	1,3	11,0	1,3	10,7	0,9	6,1	0,4
Zusammen ...	4 526,5	100	380,7	100	528,5	100	873,4	100	1 144,7	100	1 599,2	100